



Bilanz der Arbeit des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Vernetztes Handeln“ in der 19. Wahlperiode
17. Mai 2021

Ausschussdrucksache 19(3)663

Warum es auch in der 20. Wahlperiode einen UA ZKP geben sollte

Deutschland steht in den kommenden Jahren weiter vor intensiven Debatten, wie sich das Land außenpolitisch aufstellen und sowohl europäisch als auch transatlantisch und innerhalb der NATO einbringen will. Was „mehr Verantwortung“ bedeuten kann und soll, ist weiterhin nicht ausdiskutiert.

Im von Deutschland verfolgten „vernetzten Ansatz“ treten beim Bemühen um die Beilegung von gewalttätigen und potentiellen Konflikten zivile neben militärische Strategien. Hybride Missionen sind bei den Vereinten Nationen seit Jahren etabliert, und das Erfordernis, in jedem Konflikt immer mindestens auch auf zivile Methoden der Beilegung zu setzen, ist mittlerweile unumstritten.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt: Es gibt keine nur auf militärischen Interventionen beruhenden anhaltenden Friedenskonsolidierungen. Insbesondere bei den Fragen, wie ein sich anbahnender gewalttätiger Konflikt noch aufgehalten werden kann oder was nach einer militärischen Operation kommt, spielen zivile Instrumente die Hauptrolle. Zunehmend wird auch ihre Bedeutung während gewalttätiger Konflikte zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Deeskalation von Gewalt anerkannt.

Unabhängig von der in Politik und Gesellschaft sehr kontrovers geführten Diskussion, ob sich Deutschland im Rahmen eines „Mehr“ an Verantwortung in Zukunft stärker an internationalen militärischen Operationen beteiligen soll, kann Deutschland entscheidend zum Aufbau ziviler Kapazitäten beitragen. Die Aktivitäten der Bundesregierung gehen seit einigen Jahren bereits in diese Richtung. Nicht nur in den Missionen von EU, VN und OSZE genießen zivile Kräfte aus Deutschland hohes Ansehen und Vertrauen. Unterstützung bei der friedlichen Beilegung von Konflikten ist vielerorts willkommen. Wie das Land aus der eigenen Geschichte gelernt und sich zu einer rechtsstaatlichen Demokratie entwickelt hat, in der auch Minderheiten geschützt sind, gilt vielfach als vorbildlich. Diese Einschätzung begegnet den Abgeordneten des Unterausschusses auf ihren Reisen immer wieder.

Der Unterausschuss Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln (UA ZKP) arbeitet seit nun drei Wahlperioden an den Stellschrauben für den Ausbau des deutschen Engagements. Die Palette reicht dabei von der Vorbereitung ganz konkreter gesetzlicher Regelungen, die für einen verstärkten Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in internationalen Missionen geschaffen werden müssen, bis zu Konzepten, wie Gesellschaften nach Kriegen und Vertreibungen einen Weg zur Versöhnung und zur

Aufarbeitung des Konfliktes und der damit einhergehenden Traumata finden und damit einen fragilen Frieden stabilisieren können.

Die Arbeit steht in engem Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen sowie Akteuren auf EU- und VN-Ebene. Der Unterausschuss hat so auf zahlreichen Ebenen dazu beigetragen, die Debatte voranzubringen, Expertise zu vernetzen und konkrete Instrumente zu schärfen.

Angesichts der wachsenden Bedeutung, welche die zivile Konfliktbearbeitung in den kommenden Jahren für die deutsche Außenpolitik haben wird, sollte der UA ZKP auch in der kommenden Wahlperiode eingesetzt werden. Denn gerade durch die Vernetzung der Abgeordneten des UA in die Politikfelder Auswärtiges, Verteidigung, Europapolitik, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, könnten die Aufgaben des UA ZKP von keinem anderen Gremium des Bundestages so zielgenau und fokussiert bearbeitet werden.

Empfehlungen an die Abgeordneten im nächsten UA ZKP

Aus der Tätigkeit des Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln geben die Abgeordneten folgende Empfehlungen für die 20. Wahlperiode:

- **die Umsetzung der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung weiterhin kritisch zu begleiten.** 2021 wurde der erste Umsetzungsbericht vorgelegt, vier Jahre später wird es eine erste Überarbeitung geben. Eine zentrale Aufgabe des UA ZKP sollte es sein, die Ergebnisse dieses Abschlussberichtes im Dialog mit Expert:innen, insbesondere mit dem „Beirat zivile Krisenprävention und Friedensförderung“, zu diskutieren, Handlungsbedarf zu identifizieren und daraus konkrete Arbeitsaufträge für diesen Unterausschuss abzuleiten.
- **im Rahmen der Umsetzung der Leitlinien den Kontakt zum „Beirat zivile Krisenprävention und Friedensförderung“ zu suchen und dessen Wirken aktiv zu begleiten.** Der UA ZKP hatte in vorangegangenen Legislaturperioden für eine Aufwertung des Beirats geworben, die sich endlich institutionell niederzuschlagen scheint, sodass dessen Arbeit hoffentlich erleichtert wird und weitere Impulse von ihm ausgehen können. Dafür einzustehen, dass dies tatsächlich weitergeführt wird, bleibt Aufgabe des UA ZKP.
- **Themen und bestimmte Konfliktkontakte wiederholt zu besprechen.** Es hat sich gezeigt, dass das wiederholte Aufsetzen von Themen von großem Vorteil ist, um die häufig langwierigen und widersprüchlichen Entwicklungen im Auge zu behalten, bzw. nach konkreten Umsetzungsschritten fragen zu können. Beispielsweise

hat sich der UA ZKP in dieser Legislaturperiode im Vorfeld seiner Delegationsreise nach Kamerun sowie wiederholt im Nachgang mit dem dortigen bewaffneten Konflikt befasst und das Thema auch gegenüber der Bundesregierung dadurch prominent gehalten. Das wiederholte Aufsetzen von Themen sollte der UA ZKP weiter ausbauen und möglichst viele behandelte Themen nach gewissem zeitlichem Abstand hinsichtlich etwaiger Veränderungen und Entwicklungen wieder betrachten.

- **die Ergebnisorientierung in der Arbeit des Unterausschusses zu unterstreichen.** Der Unterausschuss hat sich als institutionelle Verankerung des Bereichs zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung im Bundestag etabliert. Er zielt mit seiner Themensetzung einerseits auf die kontinuierliche Befassung mit Schwerpunktfragen und andererseits auf ein mittelfristiges Agenda-Setting durch das Aufgreifen von länder- und themenspezifischen Aspekten. Im nächsten Schritt sollte ein konkreter, langfristig sichtbarer „Fußabdruck“ des Unterausschuss angestrebt werden. Die vorhandene fachübergreifende Expertise und gute überparteiliche Arbeitsbasis des Unterausschusses sollte deshalb in der kommenden Legislaturperiode genutzt werden, um konkrete Spannungsfelder und Baustellen im Bereich Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zu identifizieren und konstruktiv zu bearbeiten, sodass auch im Sinne einer weiteren Profilierung der zivilen Krisenprävention konkrete Ergebnisse und Meilensteine erreicht werden können.
- **Delegationsreisen gezielt zu nutzen.** Das Beispiel Kamerun zeigt auch die große Bedeutung der Delegationsreisen für die Sichtbarkeit des jeweiligen Landes oder Konfliktes in der deutschen Politik. Zusätzlich sind die Delegationsreisen aber auch Ausdruck der Solidarität mit den demokratischen Kräften und zivilgesellschaftlichen Gruppen vor Ort. Es ist deshalb empfehlenswert, eine jährliche Delegationsreise zu unternehmen und das Ziel der Reise beispielsweise danach auszuwählen, welcher Kontext in der deutschen Öffentlichkeit und im Bundestag eher selten Aufmerksamkeit erhält.
- **die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland auszubauen.** Im Bereich der zivilen Krisenprävention und den vielfältigen Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung fehlt es noch am Verständnis in der breiten Öffentlichkeit. Viele Menschen in Deutschland haben bislang keine oder nur wenig Vorstellung davon, welche Alternativen zu militärischen Einsätzen es gibt. Positiv zu vermerken sind die Sitzungen des UA ZKP, die meist öffentlich zugänglich waren sowie häufig auch als Video aufgezeichnet wurden und so von einer breiten Fachcommunity rezipiert wurden. Eine Fortführung dieser Öffentlichkeit ist empfehlenswert.
- **Medien in Konfliktkontexten zu stärken.** Öffentlichkeitsarbeit ist aber nicht nur ein Thema, das in Deutschland ausgebaut werden sollte, sondern auch in Konfliktgebieten selbst. Dort mangelt es außerdem häufig an Zugang zu gut recherchierten

und ausgewogenen Fakten. Friedensjournalistische Projekte sollten deshalb besonders gefördert werden.

- **die Klimakrise, die Sicherheitsrats-Resolution 1325 und die Folgen der Corona-Pandemie weiterhin eng zu begleiten.** Weitere Aspekte, die auch in den kommenden Jahren von Bedeutung sein werden, sind u.a. die Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit (Resolution des VN-Sicherheitsrats 1325), die Auswirkungen der Klimakrise sowie die Folgen der Corona-Pandemie. Der UA empfiehlt, diese Themen weiterhin prominent auf die Agenda zu setzen.
- **Friedensforschung weiter auszubauen.** All diese Fragen werden von der Friedens- und Konfliktforschung ebenfalls bearbeitet. Diese Erkenntnisse sollten besser in das politische Handeln eingebettet werden. Die Forschung sollte noch besser finanziell ausgestattet werden, um zusätzliche Forschung zu ermöglichen. Der UA empfiehlt, diese Forschungslandschaft und die Fördermöglichkeiten weiter eng zu begleiten.
- **die Aufarbeitung des Kolonialismus voranzutreiben.** Ein besonderer Aspekt ist die Aufarbeitung des Kolonialismus sowie der Rolle, die diese Historie bis heute in den ehemaligen Kolonien spielt. Der UA empfiehlt, diese Fragestellung weiterhin zu bearbeiten.
- **die finanzielle Förderung den Umständen vor Ort anzupassen.** Die finanzielle Förderung von Akteuren in der Friedensarbeit hält selten mit der Realität vor Ort stand. Der Unterausschuss hat sich bemüht, Fragen des Zuwendungsrechts mit Betroffenen zu erörtern. Für eine nachhaltige Arbeit in diesem Feld, empfiehlt der UA, dieses Thema fortzusetzen, um für alle Beteiligten optimale Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.
- **die Rolle des Multilateralismus für die zivile Krisenprävention weiter zu stärken.** Das Zusammenwirken der internationalen Gemeinschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Konfliktlösung und Prävention neuer Konflikte. Die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen wie die OSZE brauchen für ihre internationalen Friedensbemühungen die Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten. Der Unterausschuss Zivile Krisenprävention empfiehlt, sich weiterhin dafür einzusetzen, diese internationale Arbeit im Bereich der zivilen Krisenprävention personell und finanziell zu verstärken.
- **Instrumente der EU auszubauen.** Um Konfliktbearbeitung auf breite Schultern zu stellen, empfiehlt es sich, die Instrumente der Europäischen Union mit in den

Blick des UA zu nehmen und gezielt europäische Lösungen für Konflikte anzustreben. Die EU verfügt mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und verschiedenen Programmen der Kommission über eine Vielzahl von Möglichkeiten, Krisen zu begrenzen und auch vorzubeugen. Der UA sollte sich für eine Stärkung dieser Möglichkeiten einsetzen und auch einen größeren Bekanntheitsgrad dieser Maßnahmen, sowohl in Deutschland als auch europaweit.

Der Unterausschuss empfiehlt außerdem, alle Vorschläge aus dem Abschlussbericht der 18. WP stets auf Aktualität und etwaigen Handlungsbedarf zu prüfen und ggf. aufzusetzen.

Sitzungen des UA ZKP in der 19. WP:

1. Sitzung am Montag, 17. Mai 2018 - Konstituierung

2. Sitzung am Montag, 17. Mai 2018

Tagesordnungspunkt 1

Geschäftsordnung, Arbeitsweise und Organisatorisches: Bericht aus der Obleuterunde

Tagesordnungspunkt 2

Bericht der Bundesregierung

**Organisation des Aufgabengebietes Zivile Krisenprävention,
Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln in der Bundesregierung**

Tagesordnungspunkt 3

Bericht der Bundesregierung

**Stand der Umsetzung nach einem Jahr „Leitlinien der Bundesregierung –
Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“**

3. Sitzung am Montag, 25. Juni 2018

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Kamerun**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

**Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Umsetzung:
welche personellen und finanziellen Bedarfe sehen die Akteure?**

Sachverständige:

Martin Vehrenberg, Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Peter Wittschorek, zivik, Institut für Auslandsbeziehungen

4. Sitzung am Montag, 24. September 2018

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Haiti**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Deutschland im UN-Sicherheitsrat 2019/20:
Wie kann die Krisenprävention gestärkt werden?

Sachverständige:
Johan Frisell, Schwedische Botschaft in Berlin
Dr. Annette Weber, Stiftung SWP

5. Sitzung am Montag, 15. Oktober 2018

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Sulawesi**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Die zivile Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
und die Neugestaltung der europäischen Finanzinstrumente:
Auswirkungen auf die europäische Friedensarchitektur

Sachverständige:
Dr. Martina Fischer, Brot für die Welt
Antti Häikiö, EAD
Tobias Pietz, ZIF

6. Sitzung am Montag, 5. November 2018

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Nigeria**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Potenziale und Risiken von Sicherheitssektorreformen:
Wie kann eine ganzheitliche Strategie aussehen?

Sachverständige:
Rainer Glatz, SWP
Prof. Dr. Andreas Heinemann-Grüder, BICC
Bodo Schulze, Friedrich-Ebert-Stiftung

7. Sitzung am Montag, 26. November 2018

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Guinea**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Psychosoziale Betreuung und Traumabewältigung in Krisen- und Konfliktgebieten

Sachverständige:

Karin Griese, medica mondiale

Dr. Angelika Claußen, IPPNW

Inge Missmahl, International Psychosocial Organisation

8. Sitzung am Montag, 14. Januar 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Aussprache mit der Bundesregierung zu den

Schlussfolgerungen des Unterausschusses aus der Delegationsreise nach Kamerun

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Prävention von Massenverbrechen – Möglichkeiten für den Ausbau

von Frühwarnmechanismen und Kohärenz in Deutschland

Sachverständige:

Adama Dieng, VN-Sonderberater

Jens Stappenbeck, Genocide Alert

9. Sitzung am Montag, 28. Januar 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich

Bericht der Bundesregierung zur **OSZE-Mission in der Ostukraine**

Tagesordnungspunkt 2

Ausschussinterne Beratung zum

Selbstverständnis des „Unterausschusses Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ in der 19. Wahlperiode

10. Sitzung am Montag, 11. Februar 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage in der **Demokratischen Republik Kongo**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Kinder in Konfliktgebieten

Sachverständige:

Swen Dornig, NATO Shape

Ekkehard Forberg, World Vision Deutschland

11. Sitzung am Montag, 18. März 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Serbien**

Tagesordnungspunkt 2 – nichtöffentlich

„Auf dem Weg zu einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Welchen Anteil hat die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit?“

Sachverständige:

Dr. Matthias Dembinski, HSKF

Dr. Christian Mölling, DGAP

12. Sitzung am Montag, 8. April 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Nicaragua**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Organisierte Kriminalität und Korruption im Kontext bewaffneter Konflikte: welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Bekämpfung, und welche Lücken bestehen noch?

Sachverständige:

Christoph Heuser, FES

Dr. Judith Vorrath, SWP

13. Sitzung am Montag, 13. Mai 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage im **Sudan**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Chinas Rolle im Rahmen der multilateralen Krisenprävention: Was können wir erwarten? Wie können wir China besser einbinden?

Sachverständige:

Bernt Berger, DGAP

Dr. Gudrun Wacker

14. Sitzung am Montag, 3. Juni 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Das deutsche Zuwendungsrecht und die Praxis der Projektförderung im Ausland

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Politische und gesellschaftliche Lage in Indien und Pakistan: Zur Rechtsstaatlichkeit, dem Kaschmirkonflikt und politischen Lösungsperspektiven

Sachverständige:

Prof. Dr. Hermann Kreutzmann, FU Berlin

Dr. habil. Christian Wagner, SWP

15. Sitzung am Montag, 24. Juni 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage im **Sudan**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Ziviles Peacekeeping in der Umsetzung: Bestandsaufnahme nach zwei Jahren Leitlinien der Bundesregierung

Sachverständige:
Carina Böttcher, DGAP
Dr. Christine Schweitzer, BSV

16. Sitzung am Montag, 23. September 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung
zur Entwicklung der finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2020

Tagesordnungspunkt 2 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Serbien und Kosovo**

17. Sitzung am Montag, 21. Oktober 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Burundi**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Zwei Jahre Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ – wie sieht die konkrete Umsetzung aus?

Sachverständige:
Ginger Schmitz, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

18. Sitzung am Montag, 11. November 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in der **Zentralafrikanischen Republik**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, Ressourcenknappheit und Konflikten

Sachverständige:
Dr. Kira Vinke, Potsdam-Institut für Klimafolgeschäden
Max Ostermayer, Friedrich-Ebert-Stiftung

19. Sitzung am Montag, 16. Dezember 2019

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Aussprache mit der Bundesregierung
zu den Schlussfolgerungen des Unterausschusses aus der Delegationsreise nach Serbien und Kosovo

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Russlands Rolle in der zivilen Krisenprävention

Sachverständige:
Sarah Pagung, DGAP
Dr. Andreas Heinemann-Grüder, BICC

20. Sitzung am Montag, 13. Januar 2020 – gemeinsam mit UA VN

Einiger Tagesordnungspunkt - öffentlich
Wirksamkeit von UN-Missionen und Übergangsstrategien am Beispiel MINUSMA in Mali und UNAMID im Sudan

Sachverständige:
Olaf Bernau, afrique-europe-interact / Netzwerk Fokus Sahel
Dr. Wibke Hansen, ZIF
Peter Schumann, United Nations (retired)

21. Sitzung am Montag, 10. Februar 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Côte d'Ivoire und Guinea**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Rolle der Medien in Konflikten

Sachverständige:
Jürgen Deile, Konsortium Ziviler Friedensdienst
Frank Domhan, Weltfilme
Christian Mihr, Reporter ohne Grenzen
Jens-Uwe Rahe, Deutsche Welle Akademie

22. Sitzung am Montag, 9. März 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung
zu Instrumenten der Krisenfrüherkennung und Konfliktanalyse

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Friedensmediation: Wie kann Deutschland seine Fähigkeiten weiter ausbauen?

Sachverständige:

Dr. Julian Bergmann, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Dr. Thomas Held, Deutsche Stiftung Friedensforschung

Dr. Anne Holper und Christoph Lüttmann (IMSD)

23. Sitzung am Montag, 11. Mai 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nichtöffentlich

Bericht der Bundesregierung **zum Umgang der Visegrad-Staaten mit Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft, Minderheiten und Flüchtlingen in der Corona-Krise**

Tagesordnungspunkt 2 öffentlich ohne Publikum mit Übertragung im Internet

20 Jahre UN-Sicherheitsratsresolution 1325: Zwischenbilanz und

Herausforderungen der Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit

Sachverständige:

Jeanette Böhme, medica mondiale, Expertin im Netzwerk 1325

Miriam Müller, UN Women Deutschland

24. Sitzung am Montag, 15. Juni 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich

Bericht der Bundesregierung zu den **Auswirkungen der Coronakrise auf Projekte des ZFD**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich

Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland – Empfehlungen aus der Wissenschaft

Sachverständige:

Professorin Dr. Ursula Münch, Mitglied im Wissenschaftsrat

Professorin Dr. Bettina Engels, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

25. Sitzung am Montag, 14. September 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage im **Libanon nach der Explosion in Beirut**

Tagesordnungspunkt 2 – nicht öffentlich

Bericht der Bundesregierung zum **Stand der Umsetzung nach drei Jahren „Leitlinien der Bundesregierung – Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“**

26. Sitzung am Montag, 5. Oktober 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich

Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Äthiopien**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
**Destabilisierende Auswirkungen der Covid-19-Pandemie
Auf die Staaten des südlichen und westlichen Afrikas**

Sachverständige:
Dr. Melanie Müller, SWP
Dr. Christian von Soest, GIGA

27. Sitzung am Montag, 26. Oktober 2020

Einiger Tagesordnungspunkt – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung
**zur Entwicklung der finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention
und Konfliktbearbeitung im Bundeshaushalt 2021**

28. Sitzung am Montag, 16. November 2020

Tagesordnungspunkt 1 – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage **in Kamerun**

Tagesordnungspunkt 2 – öffentlich
Rechtsstaatlichkeit als Voraussetzung für friedliche Konfliktbearbeitung

Sachverständige:
Dr. Tilmann J. Röder, FU Berlin
Ilyas Saliba, WZB

29. Sitzung am Montag, 14. Dezember 2020

Einiger Tagesordnungspunkt – nicht öffentlich
Bericht der Bundesregierung zur Lage in **Berg-Karabach**

anschließend Fachgespräch nichtöffentlich mit Sachverständigen:
**Koloniale Vergangenheit und deren Auswirkungen auf zivile Krisenprävention
und Konfliktbearbeitung von heute – am Beispiel Kameruns und Mali**

Sachverständige:
Dr. Maria Ketzmerick, Universität Bayreuth
Prof. Dr. Andreas Mehler, Universität Freiburg
Dr. Bernard Schmid, Rechtsanwalt und Publizist

30. Sitzung am Montag, 25. Januar 2021

Einiger Tagesordnungspunkt – öffentlich
Vergangenheitsarbeit und Versöhnung als Beitrag zur zivilen Krisenprävention

Sachverständige:
Salah Ahmad, Jiyan Foundation for Human Rights

Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, Universität Marburg
Natascha Zupan, FriEnt

31. Sitzung am Montag, 22. Februar 2021

Einziger Tagesordnungspunkt – öffentlich
Krisenrelevanz der Corona-Pandemie

Sachverständige:
Valeska Esch, Aspen Institute
Dr. habil. Christian Wagner, SWP

32. Sitzung am Montag, 24. März 2021 – gemeinsam mit UA ARN

Einziger Tagesordnungspunkt – öffentlich
Kleinwaffenkontrolle als Beitrag zur ZKP

Sachverständige:
Brigadegeneral Peter Braunstein, ZfVB
Dr. Claudia Breitung, BICC
Silke Pfeiffer, Brot für die Welt
Dr. Simone Wisotzki, HSFK

33. Sitzung am Montag, 19. April 2021

Einziger Tagesordnungspunkt – nichtöffentliche
Umsetzungsbericht zu den Leitlinien der Bundesregierung "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" - Wo steht die deutsche Friedenspolitik?

Gespräch mit **Dr. Kira Vinke und Bodo von Borries**,
Beirat der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention und Friedensförderung“

34. Sitzung am Montag, 3. Mai 2021

Einziger Tagesordnungspunkt
VN-Sicherheitsratsresolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" - wo steht Deutschland?

Sachverständige:
Jeanette Böhme, medica mondiale, Expertin im Netzwerk 1325
Anica Heinlein, CARE Deutschland e.V
Kristina Lunz, Centre for Feminist Foreign Policy

35. Sitzung am Montag, 17. Mai 2021

Vor der Sitzung als Beratung per Videokonferenz:
Abschlussbericht des UA ZKP in der 19. WP

Einziger Tagesordnungspunkt – öffentlich
**Internationale Biodiversitäts- und Klimaschutzpolitik als Krisenprävention
am Beispiel der Waldpartnerschaften im Kongobecken**

Sachverständige:
Simon Counsell - ehemaliger Leiter von Rainforest Foundation UK
Christian Ruck, Leiter der Kongobeckenwaldpartnerschaft (CBFP)
Prof. Dr. Charlotte Streck, Universität Potsdam

36. Sitzung am Montag, 21. Juni 2021

Einziger Tagesordnungspunkt – öffentlich
**Radikalisierung der Jugend angesichts fehlender Ausbildungs- und
Arbeitsmöglichkeiten begegnen – Perspektiven für Jugendliche schaffen**

Delegationsreisen des UA ZKP führten nach Kamerun und Serbien/Kosovo sowie „digital“ in den Sudan und zu internationalen Organisationen nach Genf. Kamerun, Serbien/Kosovo sowie Sudan wurden im UA nach den Reisen im Rahmen eines „Follow-Up“ wiederholt aufgerufen.